

Das Ergebnis von Washington von L. Persius

Jede militärische Rüstung ist eine Verneinung des Rechts, ein Sinnbild der brutalen Gewalt. Zum Abbau dieser Verneinung des Rechts haben die Verhandlungen der Konferenz von Washington wesentlich beigetragen. Sie sind ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege zur allgemeinen Verständigung über das Maß der militärischen Rüstungen, zur Beendigung des sinnlosen und für die Völker ruinösen Wettrüstens.

Es standen nur die Seerüstungen zur Debatte. Falls sich aber in der Folge zeigt, daß die getroffenen Abmachungen gut waren, daß sie sich bewähren, vor allem, wenn erkannt wird, wie viel bisher zwecklos vergeudetes Geld gespart werden kann: dann ist wohl sicher, daß man sich bald zu einer neuen Konferenz zusammenfinden wird, die über die Abrüstung auf dem Lande beratschlagt. Diese Arbeit wird sich allerdings schwieriger gestalten als die kürzlich vollendete.

Sooft früher auf den Haager Konferenzen versucht wurde, zu einem Ausgleich über die militärischen Machtmittel zu gelangen, trat Deutschland als Saboteur aller Einigungsbestrebungen auf. Unsrere Vertreter hatten strikten Auftrag, sich nicht an irgendwelchen Besprechungen über Rüstungsabkommen zu beteiligen. Dieser Haltung unsrer Regierung entsprechen die Aeußerungen unsrer Staatsmänner. Fürst Bülow erklärte im Reichstag am ersten März 1900:

Wir können keine Konzessionen machen
am dreißigsten April 1900:

Wir lehnen die Beteiligung an der Rüstungsdebatte im Haag ab
am neunundzwanzigsten März 1909:

Verhandlungen über Einschränkung der Flottenrüstungen haben keinen Zweck
am einunddreißigsten März 1909:

Wir schaffen unsre Flotte nach dem Flottengesetz, ganz gleichgültig, was andre Nationen tun.

(Die letzte Aeußerung ist kennzeichnend für den „Staatsmann“ Bülow. Jeder Schulbub weiß, daß ein waffentragendes Volk gezwungen ist, seine Rüstung nach der des voraussichtlichen Gegners zu richten. Auf der See ist nicht nur die Quantität und Qualität des fremden Schiffsmaterials maßgebend — nein, sogar bis ins kleinste technische Detail hinein ist man gezwungen, sich, zum Beispiel hinsichtlich der zu erbauenden Typen, nach seinen Rivalen zu richten.)

Bethmann Hollweg sagte im Reichstag am dreißigsten März 1911:

Die Abrüstungsfrage ist unlösbar, solange Menschen Menschen und Staaten Staaten sind.

Erst im Lauf des Krieges — als es zu spät war — stellte sich die bessere Erkenntnis bei unsrer Regierung ein. In der deutschen Antwortnote an den Papst vom neunzehnten September 1917 heißt es:

Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zu einander herrschen soll, den ersten verheißenden Ausdruck finden müßte.

Als die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika die Einladung zu der Abrüstungskonferenz ergehen ließ, da schloß keine Nation sich aus, und auf der Konferenz haben sich die Vertreter fast sämtlicher Nationen mit großer Hingabe am guten Werke beteiligt. Es war von vorn herein klar, daß das Problem nicht aus dem Stegreif gelöst werden würde, daß scharfe Meinungsverschiedenheiten auszugleichen waren. Aber dank der Initiative und dem unerschrockenen Eintreten für die wahren Interessen der gesamten Menschheit und dank dem versöhnlichen Geist der nordamerikanischen und englischen Vertreter gelang es, im großen Ganzen ein überraschendes Resultat unter Dach zu bringen. Außerordentlich klug hat Nordamerika die Abrüstungsaktion mit der Erörterung über die Einschränkung der kriegsmaritimen Machtmittel eingeleitet. Und hier wieder stand nur das Material zur Debatte. Vom Personal wurde kein Wort gesprochen. Die Begrenzung der Rüstung zur See festzulegen, ist zweifellos leichter als die zu Lande. Es ist verhältnismäßig einfach, zu bestimmen: Es dürfen keine großen Kriegsschiffe mehr gebaut werden! — denn es ist undenkbar, daß irgendwo auf der Welt der Kiel zu einem solchen im Geheimen gestreckt werden könnte. Auch der Bau jedes kleinen Unterseeboots wird bald ans Tageslicht kommen. Anders bei den Rüstungen zu Lande. Zunächst würde sich die Herstellung der zahllosen kleinen Waffen — Geschütze, Maschinengewehre, Flinten —, wenn der Wille zum Verstoß gegen Abmachungen besteht, im Verborgenen betreiben lassen. Ferner würde wohl möglich sein, im Geheimen ein weit stärkeres kampfbereites Personal vorzubilden — durch Entlassung alter Leute und Neueinstellung —, als vertraglich festgelegt war. Kurz: auf dem Lande wird sich eine Kontrolle der militärischen Rüstungen weit schwieriger gestalten als zur See. Eine Kontrolle muß aber bestehen. Selbstverständlich darf sie nur mit Vorsicht ausgeübt werden; es handelt sich nicht um Sieger und Besiegte, sondern um gleichgestellte Parteien, die freiwillig einen Vertrag eingegangen sind. So wurde die Lösung der Abrüstungsfrage in Washington am richtigen Angriffspunkt: bei der Beschränkung der Seemachtmittel begonnen. Es standen zur Erörterung:

1. der Abbruch von Kriegsschiffbauten — eine zehnjährige Flottenbaupause;
2. die Festsetzung der Gesamttonnage der einzelnen Flotten;
3. U-Boots-Stärken, Hilfsschiffe undsoweiter.

Meiner Ansicht nach ist der Hauptpunkt die Flottenbaupause. Sie enthält die Lösung aller andern Fragen, zieht diese mehr oder minder automatisch nach sich. Wenn während einer längern Zeitspanne kein Kiel zu einem Kriegsschiff gestreckt wird, stagniert die gesamte Seerüstungsindustrie. Die Werften müssen sich völlig anders einstellen, die Fabrikation von Panzerplatten und Monstregeschützen hört auf, und damit zahlloser andrer Dinge, die Verwendung nur im Kriegsschiffbau fanden. Die folgerichtige Fortentwicklung der einzelnen Typen, die sich auf Erfahrungen bei Manövern und andern Uebungen stützt, wird sistiert. Nach längerer Pause in der Aufstapelung von Kriegsschiffen wird es schwer sein, dort wieder anzuknüpfen, wo der Faden abgerissen wurde. Gewiß wird Energie jedes Hindernis überwinden. Aber man frage sich: Wenn die Völker während eines Dezenniums aus ihrem Budget die Kosten für den Neubau von Kriegsschif-

fen verschwinden sahen (der Neubau eines modernen Schlachtschiffes beläuft sich heut auf mindestens 200 Millionen Goldmark), wenn sie bemerken, welche enormen Summen für produktive Zwecke erübrigt worden sind — werden sie nicht endlich zu Verstand kommen, werden sie nicht in den Parlamenten darauf dringen, daß der Bau der kostspieligen Großkampfschiffe gänzlich aufhört?

Damit kein Irrtum entsteht: Die Flottenbaupause ist von allen Regierungen angenommen! Ebenso hat man sich über die Festsetzung der Gesamttonnage der Flotten geeinigt:

England,	Nordamerika,	Japan,	Frankreich,	Italien
5	5	3	1,8	1,7

Eindrücklicher konnte der Geist, der auf der Konferenz herrschte, der übrigen Mitwelt nicht vor Augen geführt werden als durch das Zustandekommen dieses Flottenmachtverhältnisses. Die anfängliche Weigerung Japans und Frankreichs, die von Hughes vorgeschlagene Bemessung anzunehmen, wiegt gering gegen das endlich erzielte Einverständnis. Vor allem aber setzt die Entsagung Großbritanniens in Erstaunen. Es hat sich zufrieden gegeben mit dem amerikanischen Vorschlag: Gleichstellung der Flotte unter dem Union Jack und der unter dem star spangled banner. 1914 rangierte die Flotte der Union hinter der deutschen; die britische dominierte bei weitem. (Deutschland hatte fertig 1 019 417, fertig und in Bau 2 205 040 Tonnen, England 1 345 405 und 2 798 460.) Was nun hat die britische Regierung veranlaßt, die Herrschaft über die Weltmeere aufzugeben?

Die britische Seeherrschaft gründete sich bisher auf die Ueberwasserschiffe, vornehmlich auf die Großkampfschiffe, das heißt: Linienschiffe und Schlachtkreuzer, also Schiffe von ganz großem Displacement, bestückt mit den schwersten Geschützen, die mit starker Panzerung versehen sind. Die Schlachtkreuzer verfügen außerdem über eine sehr hohe Geschwindigkeit — allerdings auf Kosten der Panzerung. Für jeden unvoreingenommenen Fachmann steht fest, daß diese Monstreschiffe sich im letzten Krieg nicht bewährt haben. Wohl versuchen die Interessenten: Admirale und ältere Seeoffiziere, die nicht U-Boote, sondern große Schiffe befehligen, sowie die Schiffbauer (weil sie an großen Schiffen mehr verdienen als an U-Booten), dem Laien den Glauben zu suggerieren, daß trotz allen Erfolgen der U-Boote die Großkampfschiffe ihre Existenzberechtigung erwiesen hätten. Aber man erinnere sich: Deutsche U-Boote vernichteten nicht nur Handelsschiffe — sie versenkten auch öfters durch Einen Torpedoschuß Linienschiffe und Panzerkreuzer. Wären wir im Besitz einer genügend großen Zahl kriegsbrauchbarer U-Boote gewesen, kommandiert von durchgängig tüchtigen Kommandanten, dann wäre der „Dreadnought“ unweigerlich auf den Aussterbeetat gesetzt. Das weiß die britische Admiralität. So erklärt sich, warum sie auf die große Menge an Schlachtschiffen keinen Wert mehr legt.

Die Kontroversen, die sich bei der Festsetzung des Gesamttonnagegehalts und bei der Bewertung der einzelnen Großkampfschiffstypen ergaben, interessieren den Laien weniger. Nur kurz sei gesagt, daß sich Frankreich bedrückt fühlte, weil seine neusten Schlachtschiffe gleichgestellt wurden mit wirklich modernen anderer Staaten. In Frankreich ist seit 1914 kein großes Schiff mehr vom Stapel gelaufen — die letzten Linienschiffe der Normandie-Klasse sind 25 200 Tonnen

groß, haben eine schwere Armierung mit dem 34-cm-Kaliber —, hingegen hat Japan 32 000-t-Schiffe mit 38,1-cm-Geschützen und Nordamerika gar 42 000-t-Schiffe mit 40,6-cm-Geschützen gebaut. Um diesen Mangel an großen Schiffen zu begegnen, ist verständlich, daß Frankreich sich an U-Booten gegenüber den in anderer Hinsicht stärkern Flotten ein Gegengewicht sichern wollte. Der Streit um die U-Boot-Tonnage hat einen ernstern Kern, als gemeinhin angenommen wird. Solange nicht der pazifistische Geist gesiegt hat, der die völlige Abrüstung, also die Abschaffung aller militärischen Machtmittel vorschreibt, gebietet die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß Frankreichs Wunsch nach einer großen U-Boot-Macht verständlich ist. Die französische Regierung vertritt mit ihrer Forderung einer starken U-Boot-Flotte im Grunde die Interessen des ganzen europäischen Festlands gegen England. Dieses weiß, daß es auch mit seiner künftigen — wenngleich gegen früher beträchtlich schwächern — Flotte allen europäischen Staaten ein Paroli bieten kann. Die einzige Rettung der Festlandsmächte liegt im stark ausgebildeten U-Boot-Wesen. Die französische Forderung von 90 000 Tonnen an U-Booten muß als außerordentlich bescheiden anerkannt werden, besonders wenn man die von den Engländern gewiß nicht vernachlässigte Ausbildung der U-Boots-Abwehr in Rechnung stellt.

Alle die andern Abkommen, die getroffen wurden, und bei denen zuweilen auch erhebliche Meinungsverschiedenheiten zu Tage traten: die Größe der Hilfsschiffe (höchstens 10 000 t), der Flugzeugmutter-schiffe, das Kaliber der Geschütze (auf 8 Zoll = 20,3 cm festgesetzt), die Untersuchung der Frage über den Begriff des „Handelsschiffs“ — all das ist unwesentlich. Die langen Debatten, die bei Erörterung grade des Begriffs „Handelsschiff“ gepflogen wurden, die Bestimmungen über die Führung des U-Boot-Krieges — kein wirkliches Handelsschiff darf torpediert werden — erscheinen ziemlich überflüssig. Wer glaubt, daß zerstörungswütige Militärs — und die wird es stets geben — sich um solche Bestimmungen kümmern würden? Krieg ist Krieg, nämlich keine Teegesellschaft: „Torpediere, zerstöre, schlag“ zu, wo und wie immer du kannst“, sagte jener britische Admiral Lord Fisher. Das wird auch in Zukunft gelten. Alle diese Verhandlungen sind nebensächlich gegenüber der Tatsache, daß Einigung erfolgt ist über die Seerüstungsbeschränkung im Großen, also über die Flottenbauferien und das Stärkeverhältnis. Rein äußerlich genommen bedeutet das Resultat der Konferenz einen außerordentlichen Fortschritt. Die Ersparnis von Milliarden wird überall das darniederliegende Wirtschaftsleben heben. Nie zuvor ist eine so weit gehende Beschränkung der militärischen Machtmittel einmütig beschlossen worden. Ob und in welchem Umfang die Konferenz positive Ergebnisse haben wird, das hängt von der politischen Weiterentwicklung, von der Entwicklung einer vernünftigen Weltanschauung der Völker ab, von Faktoren also, über die heut eine Voraussage zu machen vermessen wäre. Auch der Realpazifist weiß, daß die Gewähr für die Ausführung der Konferenzbeschlüsse weniger von der Befolgung der Paragraphen — die viele Hintertüren offen lassen, offen lassen müssen — abhängig ist als von dem Geist, der die ausführenden Organe, letzten Endes von dem Geist, der die verschiedenen Nationen beseelt. Solange der Militarismus in der Welt regiert, solange die Macht vor das Recht

gesetzt wird, so lange werden auch Konferenzen wie die zu Washington der gequälten Menschheit keine Erlösung von dem Rüstungs- und Kriegsübel bringen können. Und weiter: Haben alle internationalen Abmachungen über Rüstungsbeschränkungen nicht nur Augenblickswert? Die Lenker der Staaten waren sich klar, daß sie dem Willen der kriegs- und rüstungsüberdrüssigen Völker nachgeben mußten, und deshalb entsprachen sie dem Wunsch des Präsidenten Harding, ihre Vertreter nach Washington zu senden. Sie wußten, wie jeder Kenner, daß die jetzt getroffenen Abmachungen binnen kurzem überholt sein würden. Chemie und Technik werden im nächsten Krieg eine Kraftentfaltung zeigen, die die bisherigen Waffen zum Kleinkinderspielzeug stempelt. Der mit Riesenschritten fortschreitenden Zerstörungstechnik der Luftstreitkräfte wird kein Abwehrmittel gewachsen sein, und noch viel weniger den chemischen Zerstörungsmitteln. Die Lenker der Völker scheinen ihre Augen vor diesem Prozeß nicht zu verschließen. Darauf deutet die Konferenz zu Washington. Sie sollte wohl neben der Ersparnis von Kosten für doch bald überholte militärische Machtmittel der Vorbereitung der Völker dienen, sich vertraut zu machen mit dem Gedanken, daß es in Zukunft empfehlenswert ist, zwischenstaatliche Streitigkeiten von einem internationalen Schiedsgericht entscheiden zu lassen.

So gesehen, erscheint die heut von Frankreich gegen Deutschland befolgte Taktik illusorisch. Die Unterdrückungsmaßnahmen und die Vorbeugungsmaßregeln gegen militärische Erhebung, die Frankreich für uns trifft, versprechen keinerlei positiven Nutzen, höchstens den, die Kreise zu stützen und die Stimmungen zu schüren, die auf Revanche sinnen. Nicht anders ist die Besorgnis Frankreichs vor Englands Seeherrschaft einzuschätzen, und ebenso, umgekehrt, die Englands vor französischen U-Booten, Luftfahrzeugen und Riesenge schützen. Nur die Einmütigkeit aller Friedensfreunde kann die Welt vor einem neuen Kriege bewahren, gegen dessen Zerstörungskraft und Grausamkeit der von 1914 nichts wäre. Keine geschriebene Abmachung wird den Geist ersetzen, der die allumfassende Sicherheit garantiert. Darüber herrscht wohl kein Zweifel, daß die Regierungen nur verstehen müßten, wie im August 1914, die Leidenschaften der breiten Volksmassen aufzupeitschen — um selbst pazifistisch gesinnte Leute radikalster Richtung zu nachdrücklichen Beweisen ihrer „Vaterlandsliebe“, wie sie sie auffassen, zu bewegen. Trotz allen Flottenbaufestjahren werden die Werften in wenigen Monaten zahllose U-Boote fertigstellen, größere Schiffe werden folgen, die gesamte Waffenfabrikation wird im Nu aufleben — falls nicht eben all das unnötig sein wird, weil schon vorher aus Luftfahrzeugen herabgeworfene chemische Zerstörungsmittel weite Landstriche verwüstet, ganze Völker getötet haben. Wollen wir also unsern Erdteil vor der völligen Vernichtung durch eine derartige furchtbare Katastrophe, wie sie „der nächste Krieg“ sein wird, schützen, so bleibt kein andres Mittel als die Verwerfung des Kultus der Macht. Den hierzu nötigen Geist, den friedensfreundlichen, der Streitfälle zwischen den Nationen durch internationale Schiedsgerichte entscheiden läßt, der auf Beschränkung der Rüstungen, ja auf ihre völlige Abschaffung drängt — diesen Geist zwischen den Völkern wachzurufen, hat die Konferenz in Washington sicherlich beigetragen.

Das Blättchen publiziert als Form der produktiven Verneigung und des Gedenkens in seiner Rubrik „Vor 90 Jahren“ Beiträge aus ihrer großen Vorgängerin - der *Weltbühne* von Siegfried Jacobsohn, Kurt Tucholsky sowie Carl von Ossietzky. Nicht in jedem Fall ist es der Redaktion dabei gelungen, zweifelsfrei zu klären, ob an den Texten noch Urheberrechte bestehen, und die Inhaber gegebenenfalls zu kontaktieren. Wo sich ein solches Defizit offenbaren sollte, bitten wir darum, sich direkt an uns zu wenden.

Die Redaktion